

wo wir Religionslehrer für den islamischen Religionsunterricht ausbilden. Das muss man doch auch zur Kenntnis nehmen und nicht versuchen, hier am Redepult irgendetwas darzustellen, was nicht den Tatsachen entspricht. Das ist nicht der richtige Umgang im Rahmen einer Diskussion, bei der wir uns doch in den Zielen eigentlich einig sein sollten.

Herr Kollege Schatz, eine letzte Anmerkung zu Ihrer Feststellung, wir sollten uns Gedanken machen, wenn Sie mit Frau Güler einer Meinung sind. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn Sie sich mit Frau Güler inhaltlich einig sind über das, wozu ich gerade Ausführungen gemacht habe, dann müssen nicht wir uns Gedanken machen, sondern dann muss sich insbesondere die CDU-Fraktion Gedanken machen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und ihrer Sicherheitsbehörden im Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri („Untersuchungsausschuss Fall Amri“)

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/14168 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/14246

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Kollegen Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anschlag in Berlin treibt die Menschen in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland weiter um. Vor zwei Monaten, am 19. Dezember 2016, kamen beim bislang folgenreichsten islamistischen Anschlag auf deutschem Boden zwölf Menschen ums Leben und 50 wurden zum Teil schwer verletzt.

Der Täter Anis Amri war kein Unbekannter. Den Behörden war er bekannt als gewaltbereit und islamistisch radikalisiert. Er hat sich dem IS als Selbstmordattentäter angeboten. Er hat einem V-Mann erzählt, er wolle im Namen Allahs töten. Er hat sich nach Schusswaffen und der Herstellung von TNT erkundigt. Er war unter 14 verschiedenen Aliasnamen hochmobil zwischen den Bundesländern unterwegs, und er hat Sozialbetrug begangen.

Nordrhein-Westfalen hat über weite Strecken und im Wesentlichen die Zuständigkeit für Amri gehabt.

(Thomas Stotko [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

– Wer ruft: „Das stimmt doch nicht!“? – Herr Stotko?

(Zurufe)

– Herr Stotko, da exakt fängt das Problem an. Wenn man nicht einmal weiß, wofür man als Landesregierung Verantwortung trägt, macht man auch die Fehler, die gemacht wurden.

(Lebhafter Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Laschet, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stotko zulassen?

Armin Laschet (CDU): Ich muss jetzt erst die Frage von Herrn Stotko beantworten. – Deshalb darf ich Ihnen kurz die Rechtslage erklären: Für die Beobachtung des Gefährders Amri war ausschließlich Nordrhein-Westfalen zuständig. Für die Strafverfolgung des notorischen Mehrfachtäters Amri war Nordrhein-Westfalen zuständig. Und auch für die Abschiebung des abgelehnten Asylbewerbers Amri war Nordrhein-Westfalen und niemand anders zuständig. So ist die Rechtslage!

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Würden Sie jetzt eine Zwischenfrage zulassen?

Armin Laschet (CDU): Nein, im Moment nicht. – Das ist das eine.

Und jetzt kommt der Innenminister des Landes – das führt zum eigentlichen Problem – und erklärt den Menschen in Nordrhein-Westfalen, erklärt dem Landtag, erklärt der deutschen Öffentlichkeit: Wir sind bis an die Grenzen des Rechtsstaates gegangen.

Das macht fassungslos. Das vertritt in Deutschland juristisch niemand – weder Heribert Prantl, noch Georg Mascolo, noch der Deutsche Richterbund,

noch irgendjemand, der etwas von juristischen Sachverhalten versteht.

Die Menschen im Land – nicht zuletzt die Angehörigen der Opfer vom Breitscheidplatz – fragen sich doch, wenn das stimmt, was Herr Jäger sagt: Was ist denn das für ein Rechtsstaat? Was muss man in Deutschland denn noch tun, damit der Rechtsstaat das Recht durchsetzt und solche gefährlichen Leute aus dem Verkehr zieht?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zwei Monate nach dem Anschlag lesen wir heute: Der Bundesjustizminister – der hat wahrscheinlich nach Ihrer Auffassung, Herr Stotko, auch keine Rechtskenntnis – erklärt gegenüber dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, dass es elf Strafverfahren gegen Herrn Amri gab. – Das hätte ich gern mal hier im Landtag gehört, das hätte ich gern mal von unserem Innenminister gehört! Warum müssen immer Journalisten oder Bundesbehörden etwas aufdecken, was durch das Land Nordrhein-Westfalen verdeckt und uns nicht mitgeteilt wird?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das hätten Sie uns doch auch mal sagen können! Warum machen wir drei Innenausschusssitzungen, wenn am Ende Justizminister Heiko Maas die Antworten geben muss, die dieser Minister, der eigentlich zuständig ist, der Öffentlichkeit hätte geben können?

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Was ist das nun? Wir waren doch alle der Meinung, es gebe nur diesen einen Fall aus Duisburg. Wir wissen aber jetzt: Es gibt Ermittlungsverfahren gegen Amri bei Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin, als da wären: unerlaubte Einreise; Freiburg: Erschleichung von Leistungen; unerlaubter Aufenthalt im Bundesgebiet und Urkundenfälschung, Diebstahl, Verstoß gegen das Asylgesetz, Verdacht des Leistungsbetrugs in Kleve, in Duisburg, in Arnsberg – lauter Staatsanwaltschaften, die ermitteln.

Und all das geschah in einer Zeit, in der Herr Amri angeblich nahezu lückenlos beobachtet wurde und in der unser Innenminister hier im Landtag sagte: Alle Behörden wussten immer alles. – Nur die eigenen Staatsanwaltschaften nicht,

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

die die vorhandenen Strafbefehle nicht zustellen konnten, weil sie nicht wussten, wo Herr Amri sich aufhält. Die Einzigen, die wussten, wo Herr Amri sich aufhält, waren Herr Jäger, das Innenministerium und die Landesbehörden;

(Zurufe von der SPD)

sie wussten immer alles. Aber die Staatsanwaltschaften im Land, die die Strafbefehle hätten zustellen müssen, wussten nicht immer alles.

Deshalb muss das Handeln der nordrhein-westfälischen Behörden im Fall Amri aufgeklärt werden. Begangene Fehler oder folgenreiche Unterlassungen müssen offen und deutlich benannt werden. Auch die Behauptung, man sei bis an die Grenzen des Rechtsstaats gegangen, kann man, wenn alle Dokumente auf dem Tisch liegen, besser beurteilen als heute.

Unsere Aufgabe ist es, das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen, das Sie durch Ihre Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Wochen zerstört haben.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Unser und mein Versprechen an die Opferfamilien und die Öffentlichkeit gilt: Wenn Nordrhein-Westfalen schon nicht alles getan hat, um Amri von seiner Tat abzuhalten, ihn aufzuhalten, in Haft zu setzen, dann wollen wir wenigstens dafür sorgen, dass bei der Aufklärung nichts unterlassen wird und alles offen auf den Tisch kommt, was erforderlich ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Wir haben einen wochenlangen Abwägungsprozess durchgeführt. Wir haben in der Debatte hier vor einem Monat bereits über die Frage gesprochen. Folgende Argumente haben uns dazu gebracht, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen:

Erstens. In den letzten Wochen ist der Eindruck gewachsen, dass im Fall Amri von der Landesregierung aus eigenem Antrieb keine Transparenz mehr erwartet werden kann.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und den PIRATEN – Zurufe von der SPD)

Wir können nicht darauf warten, dass uns Heiko Maas oder andere zufällig helfen. Sie von der Landesregierung haben die Transparenz nicht hergestellt. Es gab im Landtag drei Innenausschusssitzungen und eine Plenardebatte, und Sie haben auf viele Fragen nicht geantwortet.

(Michael Hübner [SPD]: Sagen Sie doch wenigstens, dass es Wahlkampf ist! Mein Gott!)

– Herr Hübner, wenn Sie mal vertraulich mit Herrn Jäger reden, sagen Sie ihm doch mal: Es wäre klug gewesen, wenn nicht Heiko Maas, sondern du das der Öffentlichkeit gesagt hättest. – Warum stellt dieser Minister nie aus eigenem Willen Transparenz her, sondern immer nur, wenn etwas von anderen – von den Recherchediensten von „NDR“, „WDR“, der „Süddeutschen Zeitung“ – aufgedeckt wird? Warum?

(Beifall von der CDU und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Zweitens. Der Innenausschuss ist an seine Grenzen gestoßen, weil er den Minister nicht unmittelbar befragen kann. Der Minister weist das ab, und dann antwortet dieser und jener.

(Zuruf: Unmöglich!)

Aber dass der Minister als Zeuge Antworten gibt – auf Frage um Frage –, das ist im Innenausschuss nicht möglich.

Drittens: Beweissicherung. Wir haben bei dem Fall „Kölner Silvesternacht“ erlebt, dass plötzlich Akten gelöscht wurden, weil ein Beweisantrag nicht schnell genug gestellt wurde und Behörden einfach sagen: Nach drei Monaten wird gelöscht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Und zufällig fängt plötzlich jemand an zu löschen: bis zum Datum 4. Januar.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb ist es erforderlich, jetzt alle Akten zu sichern, damit für jeden, der löschen will, klar ist: Das Parlament hat heute einen Beschluss gefasst. – Schnell müssen Beweissicherungsanträge folgen, damit nicht erneut, wie bei der Kölner Silvesternacht, getrickt und gelöscht wird. Das muss verhindert werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und den PIRATEN – Ibrahim Yetim [SPD]: Unverschämt! – Marc Herter [SPD]: Haben Sie dafür irgendeinen Anhaltspunkt?)

Viertens. Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Ausschnitt im Gesamtbild der Beurteilung des Vorgangs. Hier lag die Zuständigkeit für den Gefährder, für den ausreisepflichtigen, notorisch straffälligen Asylbewerber und für die polizeiliche Gefahrenabwehr.

Jetzt meinen manche – Herr Hübner hat das gerade intoniert –: Das ist ja Wahlkampf. – Ich habe das hier schon mal gesagt: Dieser Landtag hat einmal – das sage ich auch selbstkritisch an uns – die größte Katastrophe in der Landesgeschichte nicht aufgeklärt – die Loveparade –, weil zufällig ein Wahldatum dazwischen lag: Die alte Regierung hat es vorbereitet, und die neue Regierung war gerade erst im Amt. Ich will mir nicht ein zweites Mal den Vorwurf machen lassen, dass ein Wahldatum die Aufklärung verhindert hätte.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb muss jetzt der Beschluss kommen. Dieses Mal machen wir es nicht wie beim letzten Mal.

(Beifall von der CDU)

Jetzt können wir es so machen, dass alles konfrontativ geht, oder wir machen es zusammen mit der Kooperationsbereitschaft der Landesregierung.

Wir haben Sie vor zwei Wochen eingeladen, unserem Antrag beizutreten. Wir haben Ihnen unseren Beschlussentwurf geschickt. Erst am vergangenen Montagabend haben wir 40 Änderungswünsche in Bezug auf unseren Antrag bekommen. Die haben wir in ganz kurzer Zeit – von Montagabend bis zu unserer Fraktionssitzung – intensiv geprüft. Die Piraten und die FDP haben desgleichen getan. Wir haben 23 dieser Anregungen komplett übernommen und vier in geänderter Fassung. Das ist zwei Drittel dessen, was Sie uns vorgeschlagen haben.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Körfges zulassen?

Armin Laschet (CDU): Nein, ich mache das jetzt schnell zu Ende. – Ja, oder? Ja, bitte, machen wir eine Zwischenfrage.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Körfges, bitte schön.

Armin Laschet (CDU): Herr Körfges!

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Im Rahmen der Vorwürfe, die Sie eben gemacht haben, haben Sie behauptet, dass der Wahltag den Untersuchungsausschuss „Loveparade“ verhindert hätte. Ist Ihnen bewusst, dass sich diese schreckliche Katastrophe unmittelbar nach einer Landtagswahl ereignet hat, lieber Herr Laschet?

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Armin Laschet (CDU): Das habe ich doch gesagt. Also, ich verstehe jetzt ...

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Ja, ich weiß es doch! Ich habe es doch gesagt!

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Also, ehe sich ...

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

– Darf ich jetzt die Frage von Herrn Körfges beantworten? – Frau Kraft hat mir – das ist wahrscheinlich der Grund Ihrer Frage – gerade zugerufen: Sie wollten den doch nicht! – Mit „Sie“ meint sie uns, die CDU. Die Antwort ist: Ja. Ich habe gesagt: Das war

eine Phase, in der eine alte Regierung vor der Landtagswahl die Loveparade vorbereitet hatte. Die CDU/FDP-Regierung war – um es konkret zu sagen – in der Vorbereitung für die Loveparade im Amt. Dann fand die Loveparade statt.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Gegenrufe von der CDU)

– Ja, das habe ich doch eben dargestellt. – Frau Kraft, hören Sie doch mal ...

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU – Unruhe)

– Wenn Frau Kraft und Sie jetzt mal aufhören, dazwischenzubrüllen, kann ich auch die Frage beantworten! Mein Gott noch mal! Das ist doch nicht so schwer!

(Beifall von der CDU und Dr. Joachim Stamp [FDP])

Haben Sie doch einfach einmal die Geduld, sich einen einzigen Satz zu Ende anzuhören. Ich fange ihn gerne noch einmal an: Eine alte Regierung aus CDU und FDP hat dieses Großereignis in Regierungsverantwortung vorbereitet. Dann passierte die Katastrophe – zehn Tage, nachdem eine neue Regierung im Amt war. Insofern kann man das der neuen Regierung auch gar nicht vorwerfen. Weil aber der Wahltag dazwischen lag – das ist ja mein Argument – haben weder die SPD noch die CDU noch irgendein anderer einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt.

(Zurufe von der SPD)

Und mein Argument – eigentlich ist das intellektuell gar nicht so schwer zu verstehen – ist:

(Zurufe von der SPD)

Die Zufälligkeit eines Wahldatums – wer auch immer dafür verantwortlich ist – hat dazu geführt – ich sage das selbstkritisch für uns, weil wir dann Opposition waren –, dass man diesen Vorgang nicht restlos aufgeklärt hat. Und das darf jetzt nicht wieder passieren. Das ist das Argument – ein ganz einfaches Argument.

(Beifall von der CDU)

Deshalb sage ich jetzt zum Ablauf: Wir können das kooperativ machen. Nach unserer Einschätzung kann sich der Ausschuss bereits in dieser Woche konstituieren, seine Arbeit aufnehmen und erste Beweisbeschlüsse fällen. Das kann drei Tage nach der Plenarentscheidung erfolgen. Deshalb sage ich: Wenn Sie dann sagen „Nein, die drei Tage sind nicht eingehalten“, dann muss er sich am Montag konstituieren, nur um vorzubeugen, dass irgendwie verhindert wird, ...

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Herr Herter, wenn es gut ist, ist es gut!

(Marc Herter [SPD]: Das geht so nicht!)

– Wenn wir, Herr Herter, am Freitag Beweisbeschlüsse fällen, ...

(Weiterer Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Herr Herter, Sie können sich hier gleich zu Wort melden. Wenn Sie bereit sind, am Freitag Beweisbeschlüsse zu fällen, ist ja alles gut. Wir erwarten dann, Herr Herter – damit Sie das auch gleich mitschreiben –, dass die Akten – das muss so sein – 14 Tage später bei uns sind.

(Lachen von der SPD)

– Ja, da lachen Sie. Da merkt man ja schon, dass Sie etwas anderes im Schilde führen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Dem unabhängigen ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herter zulassen?

Armin Laschet (CDU): Ja.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Marc Herter (SPD): Sehr geehrter Herr Laschet, sehr geehrter Herr Präsident, ist Ihnen bekannt, dass die Fraktionen ...

(Unruhe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Liebe Kollegen, ich bitte insgesamt um etwas mehr Ruhe, damit man sich auch gegenseitig verstehen kann. – Bitte schön.

Marc Herter (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank. – Ist Ihnen bekannt, dass die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen heute Morgen – namentlich die Parlamentarische Geschäftsführerin Frau Beer wie auch meine Person – Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer genau diesen Sachverhalt schon bestätigt haben?

Armin Laschet (CDU): Welchen?

Marc Herter (SPD): Den, den Sie gerade vorgetragen haben: dass sofortige Konstituierung am Freitag mit entsprechendem Verfahren zu Beweisanträgen möglich ist. Ist Ihnen das bekannt?

Armin Laschet (CDU): Mir ist bekannt, dass verabredet worden ist, dass am Freitag eine Konstituierung stattfinden könnte. Die Frage des Beweisbeschlusses wollte ich hier nur noch einmal fürs Protokoll klarstellen, damit wir klar sind.

(Lachen von der SPD)

Herr Herter, als ich diese Bemerkung machte und dabei aus den hinteren Reihen Ihrer Fraktion gelacht wurde, ist mir klar geworden, dass manche mit einer schnellen Arbeitsweise nicht einverstanden sind. Deshalb wiederhole ich auch das hier noch einmal:

(Zurufe von der SPD)

Wir erwarten in 14 Tagen – das heißt übersetzt: am 6. März – all die Unterlagen, die der unabhängige Regierungsbeauftragte auch hat. Dieser will Ende März fertig werden. Deshalb ist das zwar eine sehr kurze Frist; aber da man Ihnen ja schon alle Unterlagen gegeben hat, wird auch das Parlament am 6. März alle Unterlagen haben. Das will ich hier nur noch einmal klarstellen. Alles andere wird nicht akzeptiert werden.

(Beifall von der CDU, der FDP und PIRATEN)

Wir wollen so schnell wie möglich und so fern wie möglich vom Wahldatum entfernt Akten sichern und aufklären. Und wir sagen der Öffentlichkeit zu – auch wenn wir danach in neuen Regierungskonstellationen sein sollten –: Wir werden die Arbeit bis zum Ende fortsetzen. Denn das haben die Opfer, das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen verdient. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist keine leichtfertige Entscheidung. Ich war damals – Stichwort: Loveparade – nicht Mitglied dieses Hauses, aber ich war zu dem Zeitpunkt Generalsekretär der Landespartei und Beobachter der Landespolitik. Für uns als Freie Demokraten war es seinerzeit entscheidend, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren nicht zu stören. Deswegen möchten wir hier jetzt nicht die Parallelen ziehen.

(Beifall von der FDP)

Gleichwohl verstehe ich den Kollegen Laschet in seiner Intention, dass alles versucht werden muss, um hier aufzuklären. Wenn ich mir den Entschließungsantrag von Rot-Grün anschau und auch das, was an Korrespondenz gelaufen ist und was an Erklärungen hier vertont worden ist, dann habe ich die ganz

große Befürchtung, dass es jetzt wieder das kleine Karo gibt: War nicht das Land Berlin verantwortlich? War nicht der Bund verantwortlich? Wir hier in Nordrhein-Westfalen waren angeblich nur ganz am Rande verantwortlich.

Das aber ist ganz kleines Karo. Wir sind der Landtag von Nordrhein-Westfalen, und wir müssen aufarbeiten, was in Nordrhein-Westfalen alles schiefgelaufen ist.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Leider ist in der Debatte das kleinste Karo, sozusagen die Karo sieben, der Innenminister, der nach wie vor bestreitet, dass in seinem Verantwortungsbereich überhaupt Fehler passiert sind.

Es steht immer noch die Frage im Raum, warum Anis Amri nicht inhaftiert worden ist, warum keine Meldeauflagen verhängt worden sind, warum man seinen Bewegungsraum und auch seine Telekommunikation nicht ganz anders eingeschränkt hat. Stattdessen werden im Innenausschuss Witzchen gemacht nach dem Motto: Versuchen Sie mal, meinem zwölfjährigen Sohn das Internet oder das Telefon wegzunehmen.

(Christof Rasche [FDP]: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass solche Sperenzchen bei diesem ernstesten Thema nicht angemessen sind. Deswegen werden wir hier weiter ermitteln.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Der Innenminister versteckt sich immer hinter der Rechtsauffassung eines Abteilungsleiters, und im Übrigen nicht nur der Innenminister. Kommen Sie mal in die Innenausschusssitzung, dann erleben Sie es auch von den Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen, dass immer wieder gesagt wird: Sie haben doch gehört, was der Abteilungsleiter gerade gesagt hat. – Da wird sich von der gesamten regierungstragenden Mannschaft, vom Minister bis hin zu den Parlamentariern, hinter einem Abteilungsleiter und seiner Rechtsauffassung versteckt.

Es kann doch nicht sein, dass die Prognose der Exekutive die Entscheidung der Judikative vorwegnimmt. Nur wenn ein Gericht entscheidet, kann tatsächlich von der Grenze des Rechtsstaats die Rede sein.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Das ist das Rechtsstaatsverständnis der Freien Demokraten.

Wir kommen hier nicht weiter, weil der Innenminister nicht bereit ist, über die Fehler in seinem Bereich zu sprechen. Wir sagen ganz bewusst: Es sind Fehler

auch an anderer Stelle gemacht worden, auch in Berlin, auch im Bund. Aber wir wollen hier über die Fehler in Nordrhein-Westfalen sprechen. Und ich wiederhole es noch einmal: Weil er die Fehleranalyse verweigert, Frau Ministerpräsidentin, müssen Sie diesen Innenminister entlassen. Das ist der Grund. Und von dieser Forderung rücken wir auch nicht ab, unabhängig vom Einsetzen eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

(Beifall von der FDP und Peter Biesenbach [CDU])

Wir haben es uns nicht leichtgemacht, weil wir natürlich auch sehen, mit was für einem brutal engen Zeitfenster wir es tun haben, und weil wir auch bei den Opfern und den Angehörigen keine falschen Erwartungen dahin gehend wecken wollen, was in der Kürze dieser Zeit zu leisten ist.

Wenn man aber auf eine solche Verweigerungsfront stößt, was die Fehleranalyse angeht, dann muss man als Parlamentarier in diesem Hause zu dem Ergebnis kommen: Wir müssen es wenigstens versuchen. Den ordentlichen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss – da sind wir uns wohl alle einig – wird es selbstverständlich auch in der nächsten Legislaturperiode geben. Wir werden ihn mit initiieren; das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Jetzt machen wir es quasi als letzten Strohalm, weil dieser Innenminister uns gar keine andere Wahl lässt, als auf diese Weise zu versuchen, hier noch zu Ergebnissen zu kommen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Ich kann mir nur wünschen – mit Blick auf den designierten Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses habe ich eine gewisse Hoffnung, dass das möglich ist –, dass wir das parteipolitische kleine Karo dort heraushalten und versuchen, so zügig wie möglich all die Widersprüche, die jetzt im Raum stehen, sauber aufzuklären. Das ist das, was wir zu leisten versuchen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Terror möchte Angst und Unsicherheit erzeugen. Er möchte einem Volk das Gefühl nehmen, sicher und frei zu sein. Was Terroristen aber nicht können, das ist, den Kern unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft anzugreifen, unser Grundgesetz und unser freiheitliches Denken.

Wenn wir aber nun aus Aktionismus handeln, wenn wir unüberlegt und ohne Vernunft handeln, um möglichst schnell zu handeln, um Wählerstimmen abzugreifen und nicht, um langfristig Sicherheit zu schaffen, dann laufen wir Gefahr, dass der größtmögliche Angriff auf unsere Demokratie gelingt, indem wir unüberlegt Grundrechte abschaffen.

Proaktives Handeln im Sinne der Prävention, Gefährderansprache, Ausschöpfen der bestehenden Gesetze, den Rahmen der Möglichkeiten nutzen – das sind die richtigen Wege, die wir begehen sollten.

Wenn Sie die Frage stellen, ob Prävention helfe, Ideologien zu bekämpfen, sage ich Ihnen ganz klar: ja. Ein Beispiel ist die Religionswissenschaftlerin Nina Käsehage. Sie hat 35 von 38 jungen Menschen, Männer und Frauen, davon abgehalten, in den Dschihad zu ziehen. Sie wollte zunächst den Staatsschutz involvieren. Aber das wollten die Eltern nicht, da viele von ihnen aus Ländern kommen, wo Polizei eben anders als bei uns ist.

Gemeinsam mit den Eltern hat sie die Männer und Frauen in nächtelangen Gesprächen überzeugt. An diesem Beispiel sehen Sie zum einen, dass Prävention und Bildung vor Radikalisierung schützen, und zum anderen, dass es wenig hilfreich ist, das Projekt „Wegweiser“ weiterhin beim Verfassungsschutz angegliedert zu belassen, denn das schreckt offensichtlich ab.

Was ist schiefgelaufen im Fall Amri? – Minister Jäger sagt, es sei über alle Maßen kommuniziert worden und es habe etliche Gespräche im Terrorabwehrzentrum gegeben. Aber man muss sich schon über die Qualität dieser Gespräche wundern, wenn sie nicht dazu führen, dass eine Person wie Amri 24 Stunden an sieben Tagen pro Woche überwacht wird.

Wie immer: Trotz der vielen Gespräche gab es mangelnde Kommunikation der Akteure miteinander. So wusste Ravensburg nicht in vollem Umfang, wer verhaftet worden war. Duisburg hatte keinen Plan, Kleve wohl auch nicht so richtig. Spricht denn NRW überhaupt mit Berlin – außer auf diesen sieben Sicherheitskonferenzen? Sprechen die Nachrichtendienste und die Polizeibehörden überhaupt miteinander? Was passiert eigentlich auf einer NRW-Sicherheitskonferenz, bei der Amri auch mehrfach Thema war? Wo sind die Protokolle, die die Abgeordneten im Innenausschuss dazu verlangt haben? Bis jetzt: Fehlanzeige.

Wir sehen immer wieder Egoismen der einzelnen Behörden, aber auch der einzelnen europäischen Länder. Die Mutter eines leider unter terroristischen Einfluss geratenen Sohnes sagt: Mein Sohn ist durch Europa gereist wie durch einen Club Med. Alle Länder haben schön zugeschaut: Er ist gerade hier. Aha, gerade ist der dort. – Aber reagiert hat niemand.

Wir haben die OSZE. Wir haben Europol. Aber es scheitert häufig an Eitelkeiten einzelner Behörden und Nachrichtendienste. Die Rolle der beteiligten V-Leute des Landeskriminalamts bleibt bisher absolut nebulös. Was nutzen eigentlich V-Leute, wenn ihre konkreten mehrfachen Aussagen in keiner Weise als gerichtsfest angesehen werden? Wozu überhaupt der ganze Verfassungsschutz, der entweder nichts verfolgt oder Informationen nicht richtig auswertet? – Eine lahme Ente ohne Nutzen für die Gesellschaft ohne die Fähigkeit, unsere Gesellschaft vor Gefahren zu bewahren! Die Fehler, die mit dem NSU gemacht wurden, wiederholen sich wohl offensichtlich auch bei Amri.

Dann zur Einstufung als Gefährder: Was soll das überhaupt? Sie hat keine strafrechtliche Bewandnis. Sie ist kein Rechtsbegriff. Sie scheint nicht wirklich etwas mit irgendetwas Präventivem zu tun zu haben. Es gibt acht Stufen. Amri wurde auf Stufe fünf geführt. Da fragt man sich natürlich, wie viele in Deutschland mit Stufe eins herumlaufen. Was führt zu einer solchen Einstufung? Müssen sie erst mit einem Sprengstoffgürtel und Kalaschnikow im Düsseldorfer Hauptbahnhof stehen? Werden diese Leute an der langen Leine gehalten? Jede einzelne Behörde, die beteiligt war, hat ihren ganz speziellen Fokus auf Einzelaspekte. Wichtige Informationen wurden nicht übergeordnet zusammengeführt. Daher sprechen wir nicht von einem Behördenversagen, sondern von einem Führungs- und Leitungsversagen auf der ganzen Linie.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb fordern wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wenn auch mit deutlich anderen Akzenten als die CDU, die gebetsmühlenartig nach schärferen Gesetzen und mehr Überwachung ruft.

(Armin Laschet [CDU]: Haben wir gar nicht gemacht!)

Sicherungshaft, unsinnige Fußfesseln, anlasslose Vorratsdatenspeicherung – das sind die feuchten Träume rechter Sicherheitspolitik.

(Heiterkeit von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Marc Olejak [PIRATEN]: Und linker mittlerweile!)

Welche Fragen müssen unserer Meinung nach in diesem Ausschuss beantwortet werden? Warum wurden keinerlei Gegenmaßnahmen unternommen, als den Behörden zu Jahresbeginn 2016 die ersten Mehrfachmeldungen von Amri bekannt wurden? Warum wurden ihm keine Grenzen gesetzt? Warum erfolgte keine Gefährderansprache?

Amri hatte nach seinem Status die Auflage, sich in NRW aufzuhalten. Auch die konsequente Verfolgung des Verstoßes gegen diese Auflage gehört zu den

möglichen Sicherheitsmechanismen. Stattdessen gab es noch nicht einmal die Information, dass er NRW verlassen hat. Er versuchte, mit gefälschten Papieren nach Italien zu reisen usw. Diese aufenthalts- und ausländerrechtlichen Verstöße hätten sich aufsummieren lassen können. Warum wurde kein Sammelverfahren organisiert, obwohl diese Verstöße im gemeinsamen Terrorabwehrzentrum besprochen wurden?

Herr Minister Jäger, Sie bekommen es hin, jemanden, der oft genug schwarzgefahren ist und der in Summe 50 Tagessätze zahlen muss, nach Afghanistan abzuschieben. Und dann bekommen Sie es nicht hin, so jemanden wie Amri besser dingfest zu machen?

(Minister Ralf Jäger: Falsch!)

Ich verstehe das nicht. Ich finde das unfassbar.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn was passiert, wenn kleine Verstöße nicht geahndet werden? Das Sicherheitsgefühl des Täters steigt von Tag zu Tag, und es kommt zu einer Eskalationsspirale. Er hatte das Gefühl: Ich kann machen, was ich will.

Warum wurde die Staatsanwaltschaft falsch informiert? Haben die sogenannten Sicherheitsbehörden ihre schützende Hand über ihn gehalten – etwa um vermeintliche Terrornetzwerke zu observieren? All das hätte uns ein anständiges Innenministerium beantworten können. Aber der Innenminister behauptet mal A und dann mal B, egal ob das die Passersatzpapiere, die Kommunikation mit Kleve oder die Abstimmung mit Berlin und dem Bund betrifft.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Das Ausweichen bei Fragen muss enden. Schluss mit innenpolitischer Geisterfahrt! Auf die Aussagen des Innenministers ist ganz offensichtlich kein Verlass. Deshalb brauchen wir Auskunft von unabhängiger Seite. Das Vertrauen in diesen Innenminister ist nun endgültig dahin, und wir sind als Parlamentarier dazu gezwungen, selbst Akteneinsicht zu nehmen, um unserer Kontrollfunktion nachkommen zu können. Dafür brauchen wir den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Stotko das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 19. Dezember 2016 waren allein auf den

Weihnachtsmärkten in Berlin Zehntausende unterwegs. Sie waren in Weihnachtsstimmung und freuten sich auf das nahe Fest.

Unter ihnen waren unter anderem auch zwölf Menschen, über die der Tod grausam, schnell und heimtückisch hereinbrach: der Tod, der sich in das Leben eines 40-jährigen Neussers schlich und ihm auf dem Breitscheidplatz seine Mutter raubte; der Tod, der eine Israelin erfasste, die gerne reiste, und deren letztes Reiseziel im Leben Berlin bleiben wird; der Tod, der das Leben eines deutschen Lebenspartners, eines 62-jährigen Amerikaners, beendete, der vor zehn Jahren nach Berlin kam, um mit dem Opfer ein gemeinsames Leben führen zu können; der Tod, der eine 31-jährige Italienerin aus ihrem Berufsleben in Berlin riss, die in ihrer Heimat als „Engel mit Flügeln“ bezeichnet wurde. Der Tod hat für alle zwölf Opfer, aber auch für deren Angehörige, Verwandte, Freunde und Arbeitskolleginnen und -kollegen einen Namen: Anis Amri.

Wenn der Landtag NRW am heutigen Tage einen Untersuchungsausschuss einsetzt, sind diese zwölf Opfer und die mit ihnen verbundenen Menschen der Maßstab für unsere Arbeit. Nach der bisherigen Diskussion darf ich sagen: Es wäre nur schön, wenn es auch tatsächlich der Maßstab wäre.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Menschen, diese Betroffenen erwarten von uns eine lückenlose Aufklärung. Diese Menschen erwarten von uns keine Beschränkung auf einzelne Bundesländer, auf einzelne Behörden oder einzelne Personen, und diese Menschen erwarten zu Recht auch von uns als Parlamentarier, dass wir nicht in partei- und fraktionstaktischen Grenzen denken und arbeiten. Diese Menschen erwarten von uns auf keinen Fall, dass wir einen Untersuchungsausschuss einsetzen, der keine 100 Tage vor der Landtagswahl nur einem Ziel dienen soll: Material für eine Landtagswahl zu sammeln, weil man sonst nichts hat, was man an einem Infostand verwerten könnte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Frechheit! Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Warum trifft Sie diese Bemerkung so ins Mark, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der CDU?

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Tut sie doch gar nicht!)

Wir kennen Ihr Ziel. Wenn man nämlich einen Hacker auf Ihre Pressestelle ansetzen würde, könnten wir schon jetzt Ihre zukünftigen Pressemitteilungen lesen. Ich kann sie Ihnen einmal vorlesen:

Erstens. Vertuschung – 14-Tage-Frist des Chefaufklärers Laschet nicht eingehalten. Zweitens. Hinhal-

tetaktik – Beweisbeschluss immer noch nicht vollständig erfüllt. Drittens. SPD und Grüne verhindern eine rasche Aufklärung.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das steht in der alten Pressemitteilung!)

Viertens. Skandal – noch immer nicht alles übersandt.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Diese Pressemitteilungen von Ihnen kennen wir doch heute schon.

(Beifall von der SPD)

Warum haben Sie diese vorbereitet, ohne zu wissen, wie hier die Arbeit gemacht wird? – Weil sie kein Interesse daran haben – wirklich gar keins –, mögliche Versäumnisse bei Behörden des Bundes, der Berliner Polizei und der Justiz sowie anderer Bundesländer, aber auch anderer Staaten wie Tunesien aufzudecken.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ihnen geht es hier in Nordrhein-Westfalen in den nächsten drei Monaten nur um eine Sache: Sie wollen einen NRW-Innenminister grillen. Das ist das, was Sie antreibt. Ich darf Ihnen sagen: Das wird misslingen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Warum kennen wir Ihre Pressemitteilungen vorher schon? – Dort, Herr Kollege Laschet – weil Sie es gerade so betont haben –, wo Sie Aufklärung betreiben könnten, nämlich im Deutschen Bundestag und im Berliner Senat, machen Sie gar nichts – freundlich formuliert. Dort machen Sie überhaupt nichts.

(Zurufe von der CDU)

Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU. Die Aufklärung im Deutschen Bundestag interessiert Sie null, weil nämlich der Bundesinnenminister Ihr Parteibuch hat. Das würde Ihnen wehtun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Laschet?

Thomas Stotko (SPD): Herr Kollege Laschet, Sie waren gerade so nett, meine Zwischenfrage während Ihrer Rede nicht zuzulassen. Sie erlauben, dass auch ich zusammenhängend vortrage. Sie können sich ja später noch einmal melden.

(Beifall von der SPD)

Manche Retourkutsche kommt eben an. Tut mir leid, Herr Kollege Laschet. Sie können ja am Schluss noch einmal reden; Sie haben ja noch Zeit.

(Armin Laschet [CDU]: Alles gut!)

Wir wissen das auch, weil wir im Berliner Senat noch fünf Jahre Zeit haben, um Aufklärung zu betreiben, im Deutschen Bundestag noch sieben Monate.

(Armin Laschet [CDU]: Herr Kauder verlangt doch einen PUA! Die Große Koalition!)

Sie wollen Aufklärung und in Nordrhein-Westfalen einen Untersuchungsausschuss betreiben, der noch 90 Tage Zeit hat. Es geht Ihnen nur darum, 90 Tage lang Unruhe zu stiften, aber nicht darum, Aufklärung zu betreiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Armin Laschet [CDU] – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Wir haben Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ein klares Angebot gemacht. Wir haben Ihnen gesagt: Lassen Sie uns in Nordrhein-Westfalen und im Bund einen Sonderermittler, Sonderbeauftragten – wie auch immer Sie es nennen wollen – zum Zwecke einer raschen und schnellen Aufklärung einsetzen. Sie haben es ausdrücklich abgelehnt. Sie haben eine offene und umfassende Aufklärung nicht gewollt. Auch das muss hier gesagt werden.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Was Sie sagen, ist falsch! Das ist eine Frechheit! – Christian Möbius [CDU]: Das steht aber nicht in der Verfassung! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, Sie können sich gerne noch einmal melden.

(Zuruf von der CDU: Sie kennen die Verfassung nicht!)

Herr Kollege Laschet, der Kollege Stamp musste sich schon einmal entschuldigen, weil er sich gegenüber einem Mitarbeiter eines Hauses unfreundlich ausgedrückt hat. Was müssen Sie für Ihre Pressemitteilung und Ihren heutigen Wortbeitrag erst tun? Darin sagen Sie, Beschäftigte im öffentlichen Dienst würden vorsätzlich täuschen, tricksen, löschen und Daten vernichten, damit Sie das nicht bekommen. Wir erwarten von Ihnen eine Entschuldigung gegenüber allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Wie können Sie es wagen, die Love-Parade als Beispiel zu benennen, man müsse jetzt wegen des Wahltermins anders verfahren? Ihnen ist gerade schon erklärt worden, dass die Love-Parade nach der Landtagswahl stattgefunden hat.

(Widerspruch von der CDU)

Seit wann beantragen denn Regierungsfractionen Untersuchungsausschüsse? Wenn Sie ehrlich sein wollen, Herr Kollege Laschet, dann sagen Sie doch nicht einfach nur: „Ach, wir haben das irgendwie wegen des Wahltermins nicht gemacht“,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

dann sagen Sie auch: „Wir wollten keinen Untersuchungsausschuss, weil es unseren CDU-Staatssekretär und unseren FDP-Innenminister betroffen hätte“, die hier auf der Anklagebank gesessen hätten.

(Armin Laschet [CDU]: Wen?)

Das haben Sie nicht gewollt. Deshalb haben Sie keinen Untersuchungsausschuss eingerichtet.

(Zurufe von der CDU)

Sie schlagen dem Fass die Krone aus, Herr Kollege Laschet. Auch darauf hat der Kollege Herter Sie vorhin schon hingewiesen. Dessen Zwischenfrage haben Sie ja akzeptiert. Wie können Sie hier am Redepult behaupten, es gebe Schwierigkeiten bei der Frage der ersten Terminierung des jetzt einzusetzenden Untersuchungsausschusses. Wie können Sie behaupten, dass man Ihnen irgendeine Drei-Tages-Frist vorhalten könne.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Den kennen wir nicht!)

Sie wissen seit heute Morgen kurz nach zehn, dass die Sitzung am Freitag stattfinden wird und dort alle Möglichkeiten bestehen, die das Untersuchungsausschussgesetz akzeptiert. Wie kann man sich hier hinstellen und derart die Wahrheit unterlassen? Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Und dann komme ich zu Ihrer ominösen 14-Tages-Frist. Wissen Sie, manche Dinge liest man ja und wundert sich. Das mag bei anderen Dingen auch so sein. Das gilt bei Ihnen bestimmt auch, wenn Sie etwas von mir lesen.

(Zurufe von der CDU)

Aber ich will Ihnen Folgendes sagen: Wie können Sie vor dem Hintergrund, dass in Ihrer Regierungszeit frühestens nach sieben Wochen Unterlagen an den Untersuchungsausschuss übersandt wurden,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Der Vorsitzende ist von Ihrer Fraktion!)

was in unserer Regierungszeit im schnellsten Falle beim PUA Silvester knapp vier Wochen gedauert hat, ernsthaft sagen, das müsste binnen zwei Wochen funktionieren?

(Armin Laschet [CDU]: Die liegen doch alle vor!)

Keine Arbeitsfähigkeit im Parlament!

(Armin Laschet [CDU]: Die liegen alle vor, Herr Stotko! Der Ermittler hat sie schon!)

Keine Arbeitsfähigkeit bei den Fraktionen! Sie machen Tamtam für nichts. Ich sage Ihnen das ganz deutlich. Wir werden gemeinsam mit Ihnen alles ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Sie können so viel schreien, wie Sie wollen.

(Armin Laschet [CDU]: Wir wollen das, was der Ermittler hat! Aus!)

Wir werden mit Ihnen gemeinsam alles dafür anstellen, so schnell wie möglich Akten zu bekommen, die unter geeigneten Regularien wie Geheimhaltung übersandt werden und dann hier auch von uns gemeinsam verwendet werden.

Wissen Sie, was Sie so in die Enge treibt und Ihr Problem wird? – Weil Sie gestern eine Pressemitteilung herausgegeben haben, bei der ich wirklich dachte, jetzt liegt er ganz daneben. Sie sind ja der Chefaufklärer in diesem Untersuchungsausschuss. Wie lautet Ihre Pressemitteilung zusammen mit dem Kollegen Sieveke? – Sie leiten mit Herrn Sieveke die Aufklärung. Finde ich super. Sie sind überhaupt nicht in dem PUA. Wie leiten Sie denn dann irgendeine Aufklärung?

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Biesenbach?

Thomas Stotko (SPD): Ja, gleich! Ich mache die beiden gleich.

Herr Kollege Laschet, der Kollege Stamp hat wenigstens einen Hintern in der Hose. Der sagt, dann gehe ich auch selbst in den PUA rein.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sie machen das nicht mal. Sie vernehmen keinen Zeugen. Sie kennen keine Akten, können sich keine Akten anlesen. Und Sie sind der Chefaufklärer der CDU? Das schauen wir uns gerne in den nächsten drei Monaten an. Das wird eine lustige Nummer, kann ich Ihnen sagen. Mit Ihnen wird das nichts werden. Aber Herr Sieveke als Vorsitzender im Ausschuss wird sicher in der gleichen Art und Weise seine Arbeit betreiben, da mache ich mir keine Gedanken.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Aber, Herr Kollege Laschet – er ist ja gerade raus –, vielleicht hätten Sie doch auf den Kollegen Lindner hören sollen. Denn der Kollege Lindner ist ja auch Fraktionsvorsitzender, hat wie Sie auch Einblicke in den Bund, was politische Geschehnisse angeht, und

der hat seine eigene Fraktion vor der Einsetzung eines PUA gewarnt. Wie war noch einmal seine Formulierung? Ich schaue jetzt die FDP-Kolleginnen und -kollegen an. Sie wissen es ja fast noch besser als ich. Er glaubt nicht an abschließende Ergebnisse, hat er Ihnen dargestellt, und insbesondere fürchtet er die Belastung für die Steuerzahler. Ich finde es super, dass der Lindner eine solche Meinung teilt. Er wäre bei uns in dieser Frage gut aufgehoben gewesen, aber ich will nur sagen: Mehrheitsfähig ist er bei Ihnen in der FDP-Fraktion ja nicht mehr. Offensichtlich hat der Herr Stamp jetzt die Mehrheitsfähigkeit.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Jetzt ist natürlich Karneval!)

Aber ich sage nur: Er hat völlig recht damit. Abschließende Ergebnisse werden wir nicht mehr erwarten können.

Warum bringt mich das zu der folgenden Schlussbemerkung? Was wird also am Ende bis zur Landtagswahl – also in den nächsten drei Monaten – von diesem Untersuchungsausschuss übrigbleiben? – Keine lückenlose Aufklärung, keine umfassende Ermittlung, keine Rückschlüsse auf mögliche Fehler und nicht zuletzt keine Hinweise auf notwendige Veränderungen in der Zukunft, um die Wiederholung eines Falls wie Amri zumindest wesentlich erschweren zu können.

Nein, es bleiben nur enttäuschte Angehörige, Verwandte, Freunde und Arbeitskolleginnen und -kollegen von zwölf Terroropfern aus sechs Ländern zurück, weitere Leidtragende eines politischen Schauspiels, wie Sie es insbesondere in der CDU und in der FDP hier heute betreiben. Deshalb haben wir mit unserem Entschließungsantrag noch einmal verdeutlicht, was uns wichtig ist. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir allein aus parlamentarischer Zurückhaltung irgendeinen Einsetzungsantrag mit einer Enthaltung bestrafen werden. Mehr ist leider auch nicht möglich. Freuen wir uns auf die gemeinsame Arbeit. – Wenn Sie die Zwischenfragen noch stellen wollen, bleibe ich gerne hier stehen, Kollegen Biesenbach und Laschet.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Ist fertig? – Gut!

(Langanhaltender Beifall von der SPD – Beifall von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Als nächste Rednerin spricht für die grüne Fraktion Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Deutschland fragen sich zu Recht, wie es zu dem schrecklichen Attentat am 19. Dezember in Berlin

kommen konnte, war der Attentäter seit Langem doch im Fokus der Sicherheitsbehörden, hatte Kontakt zur salafistischen Szene, wurde wegen mehrerer Straftaten gegen ihn ermittelt bzw. wurde es versucht, gegen ihn zu ermitteln, ohne Erfolg.

Nach sieben Sitzungen des GTAZ, des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums, in Berlin, bei dem Anis Amri Thema war, bilanziert man gemeinsam. Es ist wichtig, festzustellen, wer das war. – Das war das Landeskriminalamt und das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, das Bundeskriminalamt, der Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Generalbundesanwalt, die Bundespolizei, das Landeskriminalamt und der Landesverfassungsschutz des Landes Berlin. Gemeinsam bilanziert man – und nicht nur, Herr Laschet, der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, sondern gemeinsam – auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse: kein konkreter Gefährdungssachverhalt erkennbar. Eine fatale Fehleinschätzung, genau sechs Wochen vor dem Attentat.

Nicht nur die Opposition hat hier Fragen. Selbstverständlich haben wir die auch. Die liegen auf der Hand.

Erstens. Was war denn der Grund für die falsche Einschätzung der Gefährlichkeit? Konnte man das auch mit damaligem Wissen schon anders einschätzen, oder sagt man das nur aus heutiger Sicht?

Zweitens. Warum konnte man ihn nicht inhaftieren oder/und ununterbrochen überwachen und beobachten? Lag es vielleicht schlicht am fehlenden Personal? Gab es hier Fehleinschätzungen? Fehlten Rechtsgrundlagen? Wer hat die Entscheidung getroffen?

Drittens – auch da verlassen die Fragen das Land NRW –: Wurde hier eng genug zusammengearbeitet? Gab es Zuständigkeitslücken? Hier geht es vor allen Dingen um die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei –

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

aber nicht nur auf Länderebene, Herr Laschet, sondern auch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz.

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

Welche Rolle hat das gespielt? Wie arbeitete man mit den Landesverfassungsschutzämtern von Berlin und NRW zusammen?

Selbstverständlich haben wir – auch wir als regierungstragende Fraktionen – alle diese Fragen zum Thema von drei Innenausschusssitzungen gemacht, von denen im Übrigen keine weniger als vier Stunden dauerte. Wir stehen auch weiter für Aufklärung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Kollege Stamp, deswegen finde ich es eine infame Unterstellung, angesichts dieser Sitzungen aus dem, was wir dort betrieben haben, schlicht eine Verweigerungsfront für Aufklärung zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist eine Skandalisierungs-Rhetorik. Mit einer solchen Skandalisierungs-Rhetorik ist die FDP auch im postfaktischen Zeitalter angekommen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

– Ja; denn es ist schlicht falsch. Ich frage Sie: In welcher Veranstaltung haben Sie hier gesessen? Wo wurden denn da Antworten verweigert?

Was gerade auch nicht zur objektiven Aufklärung aller vorgelegten Fragen, die auch wir haben, beiträgt, ist die Einsetzung eines PUAs in der Form, wie Sie ihn sich vorstellen, Herr Laschet, Herr Stamp und Frau Brand.

Das ist doch Wahlkampfstrategie. Es ist auch durchschaubar, dass es Wahlkampfstrategie ist. Sie wollen die Regierung attackieren. Geschenk! Das ist auch genau Ihr Job. Das sollen Sie auch tun. Aber mit diesem Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses – und das wird hier offensichtlich – betreiben Sie Missbrauch. Denn mit diesem Instrument werden Sie zwar versuchen, die Regierung zu treffen. Vielleicht schaffen Sie das auch. Aber Sie werden hier nichts Wirkliches zur Aufklärung beitragen können.

(Armin Laschet [CDU]: Warten Sie doch einmal ab! Woher wissen Sie das denn schon jetzt?)

– Ich sage Ihnen auch, warum. Warum haben Sie denn den Sonderermittler abgelehnt, den die Ministerpräsidentin Ihnen angeboten hat? Relativ kurz nach dem Anschlag gab es eine Einladung der Ministerpräsidentin, einen Sonderermittler einzusetzen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Fragen mit zu definieren. Ich gehe einmal davon aus, dass die Ministerpräsidentin für personelle Vorschläge offen gewesen wäre.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nickt.)

Man hätte sich auch darüber verständigen können, welche Fragen man dort stellt. Sie sind ja noch nicht einmal hingegangen und haben hier versucht, sich an einer Aufklärung in dieser Form zu beteiligen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

So viel übrigens zum Thema „Verweigerungsfront“, Herr Stamp!

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

Auch hier straft das Handeln der Regierung Ihre These Lügen.

Zweitens. Sie formulieren in Ihrem Antrag – das haben wir ja mit unseren Ergänzungen dann auch deutlich gemacht – ausschließlich einen NRW-Bezug.

(Armin Laschet [CDU]: Das stimmt nicht!)

Es ist uns ja noch nicht einmal gelungen, auf Seite 2 bei der Sachverhaltsdarstellung – nicht beim Untersuchungsauftrag, sondern bei Sachverhaltsdarstellung – eine Ergänzung zu erreichen. Dort steht lapidar:

„In diesem Zusammenhang ist Nordrhein-Westfalen in das Zentrum der bundesweiten Debatte ... gerückt.“

Wir haben vorgeschlagen, zu schreiben:

„In diesem Zusammenhang ist Nordrhein-Westfalen neben Berlin in das Zentrum der bundesweiten Debatte ... gerückt.“

Nein, Berlin durfte da nicht stehen. Herr Laschet, es ist doch durchschaubar, dass es Ihnen, wenn Sie solche Ergänzungsvorschläge ablehnen, nicht um das Gesamtbild geht, sondern nur darum, den Fokus auf NRW zu legen. Und das ist einfach nicht sachgerecht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen wird in Berlin – das ist ja klar – nicht über einen PUA geredet. Das hier ist doch Aufklärung nach Parteibuch. Ich halte das auch für sehr durchschaubar.

Drittens. Sie arbeiten im Antrag permanent mit Vorfestlegungen. So schreiben Sie hier zum Beispiel:

„Bei einer Zusammenführung der Ermittlungsverfahren zu einem Sammelverfahren wäre es auf dieser Entscheidungsgrundlage unter Umständen möglich gewesen, ...“

„Seit Bekanntwerden der Täterschaft Amris wurden in der Öffentlichkeit mehrere Möglichkeiten erörtert, ...“

Das sind Spekulationen. Das sind Vorfestlegungen. Das sind Standpunkte, Empfindungen, Meinungen, die man aber wohlsortiert, nämlich nur in einem ganz engen Ausschnitt, wiederum nur da, wo NRW und der Minister betroffen sind, hier mal so in den Raum stellt.

In einem seriösen Einsetzungsbeschluss hat so etwas nichts zu suchen. Dort formuliert man konkrete Fragen, die sich aus dem Sachverhalt ergeben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Am Schluss des Antrags entlarven Sie sich selbst. Sie stellen dar, dass Sie selber nicht mehr daran glauben, dass in nicht einmal 100 Tagen so ein PUA hier tatsächlich eine seriöse Aufklärung liefern wird. Das sagen Sie ja selber.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nicht eine seriöse, sondern eine vollständige!)

Herr Laschet, waren Sie eigentlich schon einmal in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss? Das, was Sie hier gerade skizziert haben, wie man das alles in 90 Tagen ratzfatz erledigt kriegt, halte ich für nicht seriös. Selbst wenn wir am Freitag – wofür selbstverständlich auch wir zur Verfügung stehen – hier Beweisbeschlüsse fassen, müssen Akten angefordert, gelesen und ausgewertet werden, auf dieser Grundlage Zeugen geladen und vernommen werden und deren Aussagen dann ausgewertet werden. Dies ist schlicht nicht möglich, wenn man den Gesamtzusammenhang hier wirklich seriös aufarbeiten will.

Wir haben dazu Änderungsvorschläge gemacht. Sie haben sie schlicht abgelehnt.

(Armin Laschet [CDU]: Wir haben zwei Drittel übernommen!)

Sie haben sich noch nicht einmal Mühe gegeben, den Anschein zu erwecken, es ginge Ihnen hier um objektive Aufklärung und um die Sache.

Wir wollen alles dafür tun, dass, wenn es Fehler gegeben hat, diese benannt werden und vor allem die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden. Das ist eine Arbeit, die nicht auf den Wahltermin hin ausgerichtet sein kann, sondern darüber hinausgehen muss.

Dabei hilft nicht das – das sage ich der Opposition auch ganz klar –, was heute und übrigens auch im Innenausschuss in jeder Sitzung passiert, nämlich Ignoranz von Fakten, Überbietungswettbewerb bei Vorwürfen und Vorfestlegungen.

(Christof Rasche [FDP]: Treiben Sie Ihren Minister an!)

Hier wurde ja sogar einmal der Vorwurf, mit Amri hätte man Russisch Roulette gespielt, in den Raum gestellt. Herr Stamp, das war im Übrigen eine Ihrer schlimmsten Äußerungen, die durch nichts belegbar oder sogar widerlegbar sind.

Es erfolgen Diffamierungen von leitenden Beamten aus den Ministerien – bis hin zu den Verschwörungstheorien. Heute gipfelte es in der Unterstellung, dass sie in den Ministerien jetzt alle die Schredder anwerfen. Man geht einfach einmal davon aus, dass da die Schredder schon angeworfen worden sind.

(Christof Rasche [FDP]: Keine Aufklärung!)

Ich halte diese diffamierenden Unterstellungen und diese Verschwörungstheorien am Ende für einen Schlag ins Gesicht der Opfer dieses Anschlags.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Denn alles das trägt nicht zu einer seriösen Aufarbeitung – unabhängig, objektiv, nicht nach Parteibuch

und nicht abhängig von einem Wahltermin – bei. Wir werden uns weiter daran beteiligen bzw. dafür sorgen, dass es nicht in dieser Form passiert. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Düker. – Es spricht nun Herr Abgeordneter Schwerd, fraktionslos.

Daniel Schwerd (fraktionslos): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Stream! Im Fall des Terroristen Anis Amri sind im Vorfeld zahlreiche Fehler gemacht worden. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Da helfen auch peinliche Schuldzuweisungen an andere nicht, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen. Wer aus Fehlern nicht lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Das mag bei manchen Fehlern akzeptabel sein, im Fall eines terroristischen Anschlages ist es das nicht.

Die Einstufung von Anis Amri als nicht ganz so gefährlich war so ein Fehler. Wir müssen aufklären, wie es dazu kam. Wir müssen zum Beispiel aufklären, warum es nirgendwo ein vollständiges Lagebild gab. Wir müssen aufklären, warum wichtige Informationen nicht geflossen sind, zum Beispiel über seinen Aufenthaltsort, über diverse Straftaten, über die eindeutigen Aussagen, die er gegenüber der V-Person auf der gemeinsamen Fahrt nach Berlin gemacht hat. Die Kommunikation zwischen den beteiligten Behörden hat nicht funktioniert. Wir müssen untersuchen, wieso. Das muss geändert werden.

Wir müssen aufklären, warum die bestehenden Gesetze nicht angewendet worden sind, warum es zum Beispiel keine Meldeauflagen gab. Das Innenministerium sagt, von Meldeauflagen hätte man abgesehen, weil er dann möglicherweise abgetaucht wäre – was natürlich eine völlig widersinnige Schlussfolgerung ist, wenn man ihn nicht flächendeckend überwacht, er also sowieso ständig von der Bildfläche verschwindet.

Wenn man von einer möglichen Gefahr weiß, dann muss man doch entweder unmittelbar einschreiten oder sie wenigstens ständig im Auge behalten. Sollte es dafür zu wenig Personal gegeben haben, dann sollte man das doch bitte auch ändern.

Wir müssen aufklären, warum man noch nicht einmal versucht hat, vor Gericht eine Abschiebungsanordnung zu erwirken. Die Tatsache, dass man damit vor einen Richter zu treten hat und gute Gründe vortragen muss, kann doch kein Argument sein, das zu unterlassen.

Das Innenministerium spricht vom Hafthindernis, dass die Passersatzpapiere von den tunesischen Behörden erst nach zu langer Zeit eingetroffen wären.

Das erklärt aber nicht, warum man nicht wenigstens dann Abschiebehaft beantragte, als die Erteilung der Papiere wesentlich näher gerückt war, nachdem eine offizielle Bestätigung über seine Staatsbürgerschaft vorlag. Auch dieser Ablauf muss überprüft werden.

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen war federführend im Fall Anis Amri. Es war verantwortlich für die Koordinierung und Initiierung von Maßnahmen des Ausländerrechtes und des Strafrechtes. So hatten es die beteiligten Ämter von Bund und Ländern beschlossen. Folgerichtig müssen wir an dieser Stelle mit der Untersuchung ansetzen. Es ist Augenschere, wenn Innenminister Jäger, wenn die Fraktionen von SPD und Grünen die Verantwortung dafür auf Behörden anderer Länder oder des Bundes abschieben wollen.

Die hier zahlreich begangenen Fehler korrigiert man nicht auf die Schnelle mit neuen Gesetzen, härteren Strafen oder esoterischer Sicherheitstechnik. Dem muss man schon auf den Grund gehen. Und man wird seine politische Verantwortung für diese Fehler auch nicht los, wenn man am lautesten nach Überwachungstechnik und Gesetzesverschärfungen ruft.

Die politische Verantwortung für dieses Desaster trägt der Innenminister. Dafür sollte er seinen Hut nehmen. – Vielen herzlichen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schwerd. – Nun spricht Herr Schulz, fraktionslos.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! NRW war zuständig in Sachen Amri. Wir brauchen uns also nicht darauf zu versteifen, dass hier möglicherweise Bundesbehörden die Federführung hatten oder Behörden anderer Länder.

Aufklärung tut Not. Aufklärung war im Innenausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen in mehreren Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe, nicht zu erlangen aufgrund des Hinweises oder des Verweises auf ein wie auch immer geartetes vermeintliches oder tatsächlich gegebenes Behördenwirrwarr innerhalb der Strukturen der inneren Sicherheit des Landes Nordrhein-Westfalen.

Es ist also durchaus berechtigt, hier und jetzt sehr schnell einen Untersuchungsausschuss zu fordern. Diese Forderung unterstreiche ich und unterschreibe ich in vollem Umfang, auch wenn hier kritisiert worden ist, es seien ja nur noch 90 oder 100 Tage. Es spielt an dieser Stelle aus meiner Sicht überhaupt keine Rolle, um wie viele Tage es sich handelt. Es kann auch keine Rolle spielen, wie lange es möglicherweise dauert, bis angeforderte Akten da sind. Denn die Frau Ministerpräsidentin hat in ihrer Unterrichtung hier ganz eindeutig zu Protokoll erklärt, dass der

Sonderbeauftragte der Landesregierung alle Unterlagen und alle Akten bekommt, wenn er sie nicht schon jetzt bekommen hat.

Es gilt, mit einem einzigen Beweisantrag sämtliche Akten, sämtliche Unterlagen, die die Landesregierung, die das Innenministerium diesem Beauftragen übergeben hat, zu kopieren und dem Untersuchungsausschuss zu übermitteln. Das ist ein Beweisantrag. Mehr brauchen wir nicht.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Mehr brauchen wir dafür im Prinzip nicht, es sei denn, die Übergabe der Unterlagen an den Beauftragten ist nicht vollständig. Das wird dann zu überprüfen sein. Dann braucht man sich auch nicht vorzuwerfen, dass hier irgendwelche Akten geschreddert werden oder auch nicht geschreddert werden.

Liebe Fraktionen von Rot und Grün, machen Sie den Vorwurf nicht den Antragstellern, der Opposition! Denn Sie haben ähnliche Unterstellungen in Ihrem Entschließungsantrag unter III. 3. stehen, nämlich, dass möglicherweise aus dem Dunstkreis des Untersuchungsausschusses, der eingesetzt wird, irgendwelche Akten an Unbefugte weitergegeben werden könnten. Dagegen sollen aufseiten des Untersuchungsausschusses Vorkehrungen getroffen werden. Das sieht das PUA-Gesetz sowieso vor. Also: Nicht vorwerfen, etwas zu tun, was man selber doch auch tun möchte und auch noch dokumentiert!

Zum Entschließungsantrag: Wie auch immer, eine Erweiterung wollen Sie nicht. Sie wollen sich hier, liebe Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, enthalten. Ich verstehe es, ehrlich gesagt, nicht. Sie wollen aufklären. Aufklärung hätte Not getan im Innenausschuss. Das wurde nicht geliefert. Warum beteiligen Sie sich nicht entsprechend Ihrer Kontrollfunktion im Parlament nunmehr an dieser Aufklärung? Sonst könnten Sie eigentlich auch gegen den Untersuchungsausschuss stimmen. Dass Sie sich enthalten, finde ich nicht in Ordnung.

Ich werde jedenfalls diesem Untersuchungsausschussantrag zustimmen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Als nächster Redner ist bei mir für die FDP-Fraktion Herr Dr. Stamp gemeldet.

(Zuruf: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich höre hier gerade den Zuruf: „Jetzt kommt die Entschuldigung!“ – Ich denke, wenn sich hier jemand entschuldigen muss, dann ist das der Kollege Stotko.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Wenn ich hingehe und an die einzelnen Beispiele der ums Leben gekommenen Opfer erinnere und sage, in diesem Geist muss die Aufklärungsarbeit stattfinden, und anschließend kommt eine reine Kanonade von Beleidigungen an die politischen Mitbewerber, dann ist das eine ganz miese Doppelmoral.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Stotko, an anderer Stelle haben Sie dem Kollegen Laschet unterstellt, er würde pauschal den Sicherheitsbeamten Aktenvernichtung vorwerfen.

(Zuruf von der SPD: Hat er doch!)

Das ist doch gar nicht der Fall. – Aber, meine Damen und Herren, wer von uns ist denn im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss NSU gewesen und hat sich die ganzen Versäumnisse angesehen und das aufgearbeitet? – Das kommt doch nicht aus der hohlen Hand!

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Dann haben Sie gefragt, wie das denn mit der Zeitspanne gehen soll, wie lange das mit der Beantragung der Akten und ihrer Anlieferung dauern soll. – Ja, Herr Stotko, auf welcher Basis soll denn der Sonderermittler der Ministerpräsidentin uns hier im März berichten? Ich denke, der hat alle Akten. Oder ist das nur Theater gewesen? – Das wird man ja wohl einmal fragen dürfen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Sie haben hier in der Substanz nichts beigetragen, haben hier das große Pathos bemüht, und das war in der Kombination so, wie Sie das hier gemacht haben, schäbig.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Ich gebe folgenden Hinweis. Gemäß Art. 41 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung hat der Landtag das Recht und auf Antrag von einem Fünftel der gesetzlichen Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Somit ist der beantragte **Untersuchungsausschuss dann einzusetzen, wenn mindestens 48 Abgeordnete dem Antrag zustimmen.**

Ferner weise ich auf den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/14246 hin.

Wir kommen nun zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Inhalt des **Antrags Drucksache 16/14168 – Neudruck**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – CDU, FDP, die Piratenfraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Schulz und Schwerd. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Es enthalten sich SPD und Grüne.

Damit gibt es folgende Entscheidung. **Ich stelle im Einvernehmen mit den Schriftführern fest, dass mindestens 48 Abgeordnete dem Antrag zugestimmt haben**, und sich SPD und Grüne enthalten haben. Somit ist der **Untersuchungsausschuss V eingesetzt**.

Zweitens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag Drucksache 16/14246 der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, die Piraten sowie die fraktionslosen Abgeordneten Schwerd und Schulz. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/14246** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen und der fraktionslosen Abgeordneten **angenommen**.

Wir rufen auf:

3 Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung (Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz – KTG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12857 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 16/14182 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/14190

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/14233 – Neudruck

zweite Lesung

Nun ist die Aussprache eröffnet, und am Pult steht unsere Kollegin Frau Blask bereit. Bitte schön, Frau

Kollegin, Sie haben das Wort. Außerdem möchte ich um ein bisschen mehr Ruhe für die nächste Rednerin bitten. – Danke schön.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich. Heute liegt uns zur Verabschiedung das Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen

(Unruhe – Glocke)

amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung, kurz KTG, vor.

Nach der Verbändeanhörung und der ausführlichen Diskussion im Ausschuss lassen Sie mich noch auf unsere Änderung eingehen, die wir eingebracht haben.

Die Verbände hatten in der Anhörung kritisiert, dass die Nachprüfung mit drei Monaten zu lang sei. Wir haben diese auf sechs Wochen verkürzt. Zudem wurde das Einsetzen eines Pfeils über den jeweiligen Farben kritisiert. Wir halten den Pfeil für sinnvoll, weil dadurch auch innerhalb der jeweiligen Farbskala Veränderungen deutlich werden. Aber, die Unternehmen können während der dreijährigen Einführungsphase wählen, ihn gar nicht bzw. mit oder ohne Pfeil auszuhängen. Wir werden einen QR-Code ermöglichen, sodass alle Ergebnisse auch im Internet einsehbar werden.

Rechtzeitig vor Ablauf der dreijährigen Einführungsphase wird uns die Landesregierung berichten, insbesondere über den Punkt, bei dem es um die Kosten für den Vollzug des KTG NRW geht. Da geht es um Konnexität. Diese Initiative der Regierungskoalition begrüßt der Landkreistag ausdrücklich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Brockes?

Inge Blask (SPD): Lassen Sie mich erst einmal zu Ende sprechen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten keine Zwischenfrage zulassen. Bitte schön.

Inge Blask (SPD): Hierbei ging es um die Verfassungsmäßigkeit, meine Damen und Herren. Wir wissen natürlich nicht, wie Gerichte entscheiden. Aber die Stellungnahme von Prof. Dr. Schink macht deutlich, dass er die im KTG vorgesehene Regelung als verfassungskonform einstuft. Eine Verknüpfung der rechtlichen Beurteilung des Verbraucherinformationsgesetzes vorzunehmen und dies mit dem rechtlichen Wirken des KTG gleichzusetzen, ist unzulässig,